

Rechnungshof-Präsident Josef Moser:
„Gemeinden sollten sich überhaupt nicht an
Spekulationen beteiligen“

» Coverstory » „Klare Schranken“



„Klare Schranken“

Gemeinsam mit dem Gemeindebund hat der Rechnungshof vor wenigen Wochen Richtlinien für das Finanzmanagement von Gemeinden entworfen. Im Interview mit public fordert Rechnungshof-Präsident Josef Moser nun, das Spekulationsverbot für Bund, Länder und Gemeinden durch ein Gesetz oder eine Verordnung auf Bundesebene festzuschreiben.

Von Arno Miller und Martin Schwarz

public: Mit Ihrem Vorstoß, auch Gemeinden unter 20.000 Einwohnern durch den Rechnungshof prüfen zu lassen, haben Sie nicht besonders viel Applaus bei den Vertretungen der Gemeinden geerntet. Gemeindebund-Chef Mödlhammer ist strikt dagegen, weil er keine vierte Prüfebene will, und meint, die

Landesrechnungshöfe würden die Aufgabe sowieso erledigen. Können Sie seiner Argumentation folgen?

Josef Moser: Man muss das Ganze total emotionslos sehen. Man muss den Umstand berücksichtigen, dass die Gemeinden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben bekommen und immer größere Aufgabenvolumina abzuwickeln haben. So sind beim letzten Finanzausgleich auch 550 Millionen Euro mehr in Richtung kleinere Gemeinden geflossen. Wir haben in gewissen Gemeinden eine sehr effiziente Aufgabenerfüllung, in anderen Gemeinden ist sie wiederum nicht so effizient. Will man jetzt in Zukunft

„Es wurden nicht nur von Gemeinden Veranlagungen getätigt, die ganz eindeutig außerhalb ihrer Kerntätigkeit waren.“

den Gemeinden das Geld geben, das sie benötigen, wird man wissen müssen, wie die Ausga-

chen Rechnungshofberichte zu beurteilen, ob das optimal ist oder eben nicht.

Dann herrscht ja zwischen Ihnen und dem Gemeindebund sowieso die perfekte Harmonie. Warum ist dann der Gemeindebund-Chef gegen Ihren Vorschlag?

Moser: Das müssen Sie ihn fragen. Die Gemeinden haben enorme Aufgaben, sie werden immer wichtiger. Und

hinweisen, was sie in Zukunft besser machen können.

Auch wenn Sie eben noch nicht prüfen dürfen. Wie würden Sie denn das Finanzmanagement Ihrer möglicherweise künftigen Klienten beurteilen?

Josef Moser: Es wurden nicht nur von Gemeinden Veranlagungen getätigt, die ganz eindeutig außerhalb ihrer Kerntätigkeit waren.

2 Debatte » Coverstory » „Klare Schranken“

ben ausschauen. Diesbezüglich gibt es derzeit keine Prüfung.

Sie wollen ja den Gemeinden eine Rechnungshofprüfung schmackhaft machen, indem Sie ihnen eine Rechnungshofprüfung auch als kostenlose Beratungsdienstleistung verkaufen wollen. Welche Beratungsfelder fallen Ihnen denn da ein?

Moser: Präsident Mödlhammer und der Gemeindebund haben beispielsweise den Rechnungshof ersucht, im Rahmen der Finanzierungsrichtlinien für die Gemeinden sein Know-how zur Verfügung zu stellen. In diesen Richtlinien sind Erfahrungen eingeflossen, die wir von unseren Prüfungen in größeren Kommunen haben. Das Know-how des Rechnungshofs auch im Gemeindebereich wird also durchaus anerkannt. Und außerdem muss ja der jeweilige Bürgermeister unsere Empfehlungen nicht umsetzen. Die Politik hat im System der Finanzkontrolle das Primat des Handelns. Die Steuerzahler, also die Wähler, haben die Möglichkeit, auf Grundlage der öffentli-

damit keiner im Rahmen des Gesamtstaates zu kurz kommt, brauchen wir die Gemeinden im Prüfungsverband drinnen. Wenn ich mir das mit den Augen der Gemeinden anschau, stellt sich die Ausweitung der Prüfungskompetenz so dar: eine objektive, unabhängige Prüfeinrichtung, die vom Bund finanziert wird, ein Berater, der nichts kostet, der mir die Expertise bringt, der mir sicher weiterhelfen kann. Da frage ich mich dann, warum ich mich dagegen wehren soll. Der Rechnungshof mit seiner Prüfkompetenz ist sicherlich der Insider-Kenner der österreichischen Verwaltung. Das kann man jedenfalls so sagen.

Einige Gemeinden sind in den letzten Jahren durch nicht besondere Finanzdeals aufgefallen. Was hätte man denn durch eine Rechnungshof-Prüfung verhindern können?

Moser: Im derzeitigen System muss etwas passiert sein, damit eben etwas passiert. Mit Rechnungshof-Prüfungen könnte man Gemeinden besser darauf

Wenn ich beispielsweise die Bundesfinanzierungsagentur hernehme, so hat man dort teilweise Gelder aufgenommen, um damit zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Das ist eine Aufgabe der Banken, aber nicht von öffentlichen Körperschaften. An dieser Entwicklung wollten auch andere mitpartizipieren, und als das nicht erfolgreich war, ist es zu den Ausfällen gekommen, die jetzt vom Steuerzahler zu tragen sind. Schuster, bleib bei deinen Leisten!

Gemeinden sollten sich also in Zukunft womöglich nicht an Spekulationen beteiligen?

Josef Moser: Sie sollten sich da überhaupt nicht beteiligen! Gemeinden, genauso wie Länder und Bund haben sich nicht außerhalb ihrer Aufgabenstellung durch andere Maßnahmen zu gesteuern.

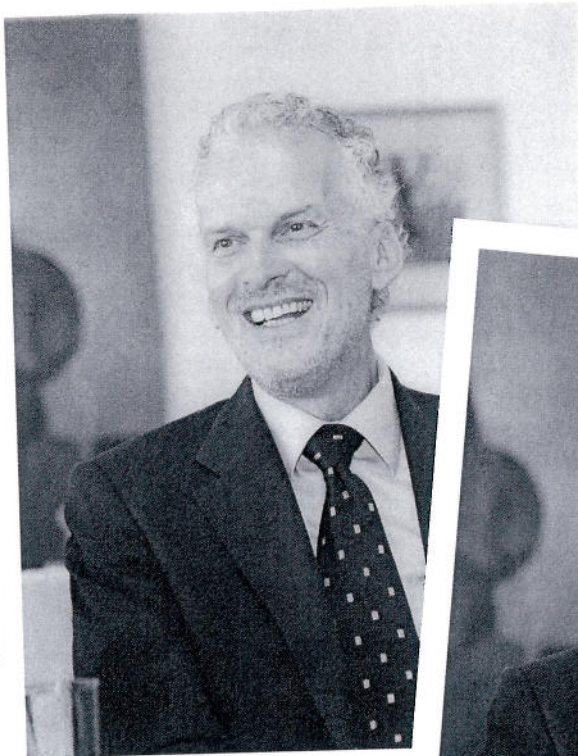
Wie wollen Sie denn das künftig verhindern?

Moser: Ein Punkt ist ja, dass vom Gemeindebund schon entsprechende Richtlinien gemacht wurden.

Das ist ja bloß eine freiwillige Selbstverpflichtung.

Moser: Die Politik ist dafür verantwortlich, dass – wenn erforderlich – im Rahmen von Gesetzen Vorgaben gemacht werden. Und wenn die nicht eingehalten werden, sind dementsprechend auch die Konsequenzen zu ziehen.

Also treten Sie dafür ein, dass es klare legislative Vorgaben gibt auf Bundesebene?



Das wäre auf Bundesebene notwendig, ein Landesgesetz würde wohl nicht ausreichen.

Moser: Es betrifft sowohl Land, Bund als auch

Moser: Beim Spekulationsgipfel im Bundeskanzleramt wurde festgelegt, dass klare Schranken eingezogen werden, und dementsprechend auch geprüft wird. Dazu gibt es verschiedenste Organe. Es gibt Regelungen, die Sie nicht in ein starres Gesetz gießen können, weil damit der Spielraum allenfalls übermäßig eingengt wird.

Also noch mal: Soll es ein Bundesgesetz geben, das eben Spekulationen der Körperschaften verhindert?

Moser: In diesem Bereich hat der Rechnungshof aufgezeigt, wo die Grenzen sind. Gleichzeitig hat beim Spekulationsgipfel beim Bundeskanzler der Finanzminister eine Arbeitsgruppe angekündigt, die sich jetzt mit diesen Fragen beschäftigt, und die klare Normen ausarbeiten und festlegen will. Da sollen die Empfehlungen des Rechnungshofes mit einfließen. Man wird sich also genau anschauen müssen, was im Rahmen eines Gesetzes oder im Rahmen einer Verordnung notwendig oder zweckmäßig ist.

Gemeinden. Man muss sich anschauen, wie weit wirkt das? Inwieweit kann man das verpflichtend machen? Es gibt ja auch die Gemeinde- und die Länderautonomie ...

Mit anderen Worten: Sie rechnen damit, dass der Bund entsprechende Maßnahmen setzt, wenn diese Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit beendet hat?

Moser: Absolut, wenn es erforderlich ist.



MICHAEL HITZMANNSEDER

*„Im derzeitigen System muss etwas passiert sein, damit eben etwas passiert.“
Rechnungshof-Chef Moser*

public FORUM
27. Oktober 2009, Linz
**UMSATZSTEUER SPAREN
DURCH AUSGLIEDERUNG**
JETZT ANMELDEN UNTER
WWW.GEMEINDEMAGAZIN.AT